

Gleichberechtigt

Heimathberechtigt

muß der

Vertriebene werden!

In jenen Tagen, da der Wirbelsturm der deutschen Katastrophe Millionen entwurzelter und völlig besitzlos gewordener Menschen nach den Westzonen verschlug, trat zu der Last der in Restdeutschland drückenden Sorgen eine neue und größere in der Verpflichtung zur Unterbringung dieser ziellos umherirrenden Massen. Eine ungeheure Lawine menschlichen Leides, schoben sie sich in die Trümmerwüsten bombenzerkullter Städte, fluteten obdach- und hilflos über Dörfer und flaches Land. Mit verzweifelten Kräften gelang es damals der in eigenen Nöten lebenden eingessenen Bevölkerung im Verein mit kaum entstandenen Behörden den vom Schicksal hart Betroffenen ein, wenn auch oft nur kümmerliches Obdach zu geben, sie zu betreuen und zu verpflegen. Es waren Notmaßnahmen mit allen Mängeln und Fehlern jener Zeitumstände und in der Hoffnung auf ihre Abänderung getroffen.

Diese Hoffnung hat sich in vielen Fällen bis heute nicht erfüllt. Zu Hunderttausenden leben die Vertriebenen noch immer unter Verhältnissen, die trotz aller Mahnungen wenig beachtet, Herde ständig sich steigender Unruhen schufen. Niemand sollte sich aber darüber täuschen, daß aus der Fortdauer des Herabgestoßenseins eines Volksteiles in soziale Tiefen ernste Störungen menschlicher Beziehungen entstehen und zu einer Gefahr für die Gesellschaft werden müssen.

Es ist zur Linderung der Flüchtlingsnöte manches geschehen, vieles ist unterblieben und es bleibt ein Rest, der mit deutschen Kräften ohne internationale Hilfe nicht zu bewältigen ist. Solche in Anspruch zu nehmen erfordert aber die unterschiedene Steigerung der deutschen Hilfsmaßnahmen bis zur Grenze des Möglichen.

Auf die Vielfalt der hierbei erwachsenden Aufgaben will diese Schrift hinweisen, deren Inhalt kein Parteiprogramm bedeutet. Sie ist Kritik und Forderung zugleich und verweist auf die Möglichkeiten, der gefährlichen Entwicklung des Flüchtlingsproblems erfolgversprechend zu begegnen. Sie ist ein auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit hinweisender Ruf an die Regierungen der Länder, an die künftige Bundesregierung, an alle Deutschen und an die zivilisierte Welt, dem durch die Folgen des Krieges am schwersten getroffenen Teil unseres Volkes aus den Niederungen seiner Not den Weg zu einem wieder menschenwürdigen Dasein zu ebnen.

Aus dem Inhalt:

Ein Prüfstein deutscher Volks-Solidarität. — Um die Wiederherstellung der Menschenrechte. — Die Anfechtbarkeit des Potsdamer Beschlusses. — Altbürger und Neubevölkerung. — Unabdingbare Länderaufgaben. — Einschaltung der Vertriebenen in den Wiederaufbau Westdeutschlands. — Aufgaben des Bundes. — Deutsche Selbsthilfe und internationale Hilfe. — Wir und Europa.

Flüchtling und Gemeinschaft.

In Westdeutschland leben über sieben Millionen Flüchtlinge unter härtesten Bedingungen. Schlimmer noch ist die Lage ihrer viereinhalb Millionen Leidensge-

nossen in der Sowjetzone. Mehr Deutsche sind von der Entwurzelung betroffen worden, als das Riesenland Kanada Einwohner hat. Das ist ein Notstand ohnegleichen. Ehe wir uns den daraus erwachsenden Verpflichtungen zuwenden, sagen wir einige Worte an die Adresse der Vertriebenen selbst:

Richtet eure begreifliche Verbitterung und euren gerechten Zorn nicht an die falschen Adressen. Indem wir Gerechtigkeit für uns fordern, dürfen wir nicht ungerrecht sein gegen unsere Nächsten. Die Wahrheit ist dies; jedes blühende Land wäre in Not und Wirrnis gestürzt worden, hätte es plötzlich breite Ströme von ausgeraubten Menschen, von zerrissenen Familien, hilflosen Waisen, Krüppeln, Alten und Siechen aufnehmen müssen. Als Deutschland dieses Los betraf, war es im totalen Krieg weißgeblutet, halb zerstört, ohne Regierung, ohne geordnete Verwaltung. Es ging fast über menschliche Kräfte, Restdeutschland vor dem Versinken in völlige Anarchie zu bewahren. Dennoch sind wir als Land und Volk noch einmal um die Todeskurve herumgekommen. Westdeutschland steht vor der Möglichkeit eines demokratischen Wiederaufbaues. Damit haben auch die in den Westzonen lebenden Flüchtlinge- und Vertriebenen die Voraussetzung ihrer Rettung gefunden.

Niemand möge aber an der Größe des deutschen Flüchtlingsproblems länger vorbeisehen. Die Lage der großen Mehrheit der Heimatvertriebenen ist unsagbar kritisch. Auf ihnen lastet das Schwergewicht der Arbeitslosigkeit, des Wohnungsjammers, der Bekleidungsnot. Keine Partei, keine deutsche oder alliierte Behörde darf behaupten, sie hätte genug getan, solange schuldlose Kinder zu Zehntausenden in Bunkern und Elendsbaracken dahinwelken. Es ließ aber nicht nur das Verständnis von Regierungen, Abgeordneten, Ministerialbürokraten, Landräten und Bürgermeistern vielfach zu wünschen übrig. Versagt hat auch in traurigem Umfange die Solidarität des deutschen Volkes. Viele Nutznießer ungeschmälerter Vermögensgebärden sich so, als ob die Flüchtlinge allein den Krieg verloren hätten. Krasser Besitzegoismus hat in zahllosen Fällen das Leben der Vertriebenen zur Hölle gemacht.

Jede Wendung zum Besseren erfordert aber, daß auch die Flüchtlinge und Vertriebenen über ihr eigenes Leid hinauswachsen und die Gesamtnot unserer Zeit sehen. Nichts würde ihrer Sache mehr schaden, als wenn das gesunde Urteil der Flüchtlinge durch persönliche Verbitterung getrübt würde. Es wäre unedel, die vielen guten Taten zu verschweigen, welche aus den Reihen der alteingesessenen Bevölkerung zu unseren Gunsten gesetzt worden sind. Noch weniger sei übersehen, daß auch die Evakulierten, die Ausgebombten, die Kriegsverehrten, die Heimkehrer und alle anderen Opfer der Hitlerpolitik Ansprüche an die Gemeinschaft haben. Wenn wir menschliches Empfinden für uns verlangen, dann müssen auch wir menschlich empfinden für alle Brüder und Schwestern im Unglück.

Aus einer realen Einsicht in die Bedingungen unseres Daseins heraus wollen wir die Durchbruchstellen durch die Hoffnungslosigkeit des Vertriebenen-Schicksals suchen. In den zurückliegenden Jahren der Staatenlosigkeit des deutschen Volkes fehlten wesentliche Voraussetzungen durchgreifender Hilfsmaßnahmen. Die aufgeblähten Vorstellungen von der „Länderhoheit“ standen einer aufbauenden Flüchtlingspolitik im Wege. Das Ergebnis war eine völlig ungleiche Verteilung der Neubevölkerung auf die einzelnen Länder, verbunden mit einer ebenso ungerechten Abstufung der steuerlichen Belastung. Es ist hoch an der Zeit, das traurige Kapitel des Länderegoismus abzuschließen. Mit der Aussicht auf einen lebensfähigen deutschen Bundesstaat begann erst die Möglichkeit umfassender deutscher Selbsthilfe im Dienste der Vertriebenen.



Nichts liegt uns ferner, als mit der Aufstellung dieses ganz Westdeutschland einschließenden Flüchtlings-Programms leichtfertige Versprechungen machen zu wollen. Was auf der Bundesebene zur Erleichterung des Vertriebenen-Schicksals getan werden kann, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob in der politischen Machtverteilung Westdeutschlands der Macht der Besitzinteressen ein Bündnis aller sozial Schwachen entgegengesetzt werden kann. Darüber hinaus muß in den Ländern der Sieger um die Anerkennung unserer Lebensrechte gerungen werden. Dies soll mit moralischem Mut und mit den Waffen der Wahrheit gesehen. Unser Durst nach Gerechtigkeit ist größer als unser Hunger nach Brot. Darum stellen wir unsere Rechtsforderung unseren Existenzforderungen voran.

Die erste Forderung der Vertriebenen: Wiederherstellung ihrer Menschenrechte.

Was die Vertriebenen in erster Linie brauchen, ist nicht das Gnadenbrot des Mitglieds, sondern Recht und Menschlichkeit. Wir begrüßen daher die Deklaration der Vereinten Nationen über die Menschenrechte. Die Grundsätze dieses Dokuments befinden sich aber in krassstem Widerspruch zu den Vorgängen, die wir in den Austreibungsgebieten erlebt haben. Dieser klaffende Widerspruch zwischen Wort und Tat gefährdet die moralische Gesundheit der Welt. Selbst in den harten Worten des Potsdamer Abkommens wurde nicht ausgesprochen, daß etwa fünfzehn Millionen Einwohner der Austreibungsgebiete ihrer Menschenrechte verlustig seien; noch weniger wurde dort gesagt, daß alle ihre Besitzansprüche durch einen Federstrich beseitigt wären. Demnach standen die Maßnahmen, welche von den Regierungen Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Ungarns gegen uns ergriffen wurden, nicht im Einklang mit den feierlich proklamierten Grundsätzen der Menschlichkeit. Es erscheint uns unerlässlich, daß zur gegebenen Zeit die Vereinten Nationen zu den Vorgängen bei den Massenaustreibungen im Lichte der Deklaration der Menschenrechte Stellung nehmen.

Die Anfechtbarkeit der Potsdamer Entscheidung.

Wir verweisen auf die juristische und moralische Anfechtbarkeit der Ausweisungsklausel (Artikel XIII) des Potsdamer Abkommens.

Die 500 000 Deutschen Jugoslawiens wurden in diesem Beschluß gar nicht erwähnt; sie sind stillschweigend dem Tito-Regime zur Austreibung, Versklavung und Hinmordung überlassen worden.

500 000 Ungarn-Deutsche wurden hingegen in die Ausweisungen einbezogen, obwohl keine ungarische Regierung gegen ihr Verhalten Klage geführt hatte. Ihre teilweise Aussiedelung vollzog sich später unter leidenschaftlichen Protesten nationalungarischer Patrioten, mit dem Kardinal Mindszenty an der Spitze.

400 000 Einwohner Danzigs sind im Anschluß an die Potsdamer Entscheidung ausgetrieben worden, ohne daß sie in dem Artikel XIII hierzu verurteilt worden wären. Nach dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse wurde Danzig lediglich in polnische Verwaltung übergeben. Das Heimatrecht ihrer Bürger ist damit nicht ausgelöscht worden.

Gegen die deutschen Einwohner Schlesiens, Pommerns, der Grenzmark, Ost- und Westpreußens ist nie ein eindeutiger Ausweisungsbeschluß gefaßt worden. Die deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße wurden in Potsdam lediglich polnischer und teilweise sowjetischer Verwaltung überantwortet. Völkerrechtlich

blieben sie Bestandteile des deutschen Staatsgebietes. Die im Artikel XIII an die polnische Regierung gegebene Ermächtigung bezog sich sohin nur auf die Umsiedlung der deutschen Minderheit Polens in den Grenzen von 1939.

Bei der einseitigen Verurteilung der Sudetendeutschen zur Austreibung wurden die Fehler der tschechischen Nationalstaatspolitik zwischen 1918 und 1938 übersehen, die so gewaltig zu den Erfolgen der Henlein-Partei beigetragen hatten. Außer Betracht blieb auch die überdurchschnittliche Zahl und Leistung der tschechischen Kollaboranten Hitlers. Dafür verweigerte man den sudetendeutschen Hitlergegnern Gehör, die bei der Abtretung des Sudetenlandes durch Vertreter Großbritanniens und Frankreichs in München zu Hunderttausenden der Verfolgung der Gestapo ausgeliefert wurden.

Ein auf solchen Mängeln beruhender Beschluß kann den Opfern keine moralische Verbindlichkeit auferlegen. Die ausgetriebenen Deutschen wurden schlechter behandelt als Kriegsverbrecher. Jene wurden wegen persönlicher Verfehlungen angeklagt und konnten sich nach den Regeln eines internationalen Gerichtsverfahrens verantworten. Der Austreibungsbeschluß von Potsdam wurde jedoch ohne Anhörung der Betroffenen auf Grund eines Kollektivschuld begriffes gefaßt, der vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen wird.

Jede Berufung der kommunistischen Nutznießer der Austreibungen auf das Potsdamer Abkommen wird noch aus einem anderen Grunde hinfällig. Artikel XIII dieses Dokuments verlangt ausdrücklich, daß die Volksumsiedlungen auf „ordentliche und humane Weise“ durchgeführt werden müssen. Diese Zusicherung ist durch den wahren Verlauf der Aktion zur blutigen Ironie gestempelt worden.

Alle diese Umstände bezeugen, daß das Riesenproblem der heimatvertriebenen Deutschen in erster Linie eine Frage der Wiederherstellung ihrer Menschenrechte und der Sicherung ihrer Zukunft auf dem Boden des internationalen Rechts ist. Wir schließen uns Dr. Kurt Schumachers Forderung nach einer Neufestsetzung der deutschen Ostgrenze an, die, nach seinen Worten weder „für die alliierten Mächte bindend, noch für die Deutschen moralisch verpflichtend“ ist. Darüber hinaus muß das gesamte Vertriebenen-Problem bei einer friedlichen Neuordnung Europas berücksichtigt werden.

Altbürger und Neubevölkerung.

Die Aufgabe der nächsten Zukunft ist die Linderung des wirtschaftlichen und sozialen Schicksals der Vertriebenen im Rahmen des westdeutschen Wiederaufbaues. Solange in der heutigen Ostzone sowjetisch-kommunistische Einflüsse überwiegen, bleibt Westdeutschland die entscheidende Basis für die Substanz-Erhaltung des deutschen Volkes. Die staatliche und wirtschaftliche Gestaltung Westdeutschlands entscheidet auch über die Existenzfragen von sieben Millionen Heimatvertriebenen. Daher müssen der Wiederaufbauwille der westdeutschen Bevölkerung und die Selbsthilfe der Flüchtlinge parallel eingesetzt werden. Nur im gemeinsamen Schaffen werden sich die teils unvermeidlichen, teils künstlich vertieften Spannungen zwischen der Alt- und Neubevölkerung überwinden lassen.

Leider mußten wir bisher bei den maßgebenden Männern der bizonalen Wirtschaftspolitik in Frankfurt jede tiefere Einsicht in die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung des deutschen Flüchtlingsproblems vermissen. Es war eine gefährliche Vogel-Strauß-Politik, wenn die Herren Professor Erhard und Dr. Pünder glaubten, die bedrohlich anwachsende Arbeitslosigkeit auf die nachträgliche Mel-

derung von Schwarzhändlern und anderen Gelegenheitsarbeitern zurückführen zu müssen. Die hohe Zahl der Arbeitslosen in Ländern wie Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beweist eindeutig, daß es sich dort vorwiegend um eine Arbeitslosigkeit der Flüchtlingsbevölkerung handelt. Ein großer Teil der Vertriebenen wurde durch die Not des Augenblicks in entlegene Dörfer und Gebiete verschlagen, wo sie nach menschlichem Ermessen keine Aussicht auf Broterwerb haben. Die Brücke zwischen ihrer provisorischen wohnraummäßigen Unterbringung und einem zielbewußten arbeitsmäßigen Einsatz muß erst geschlagen werden. Von entscheidender Bedeutung wird dabei der Kurs der westdeutschen Wirtschaftspolitik sein. Bleibt es bei einem „freien Spiel der Kräfte“, so werden die Massen der Neubevölkerung und alle sozial Schwachen die Leidtragenden sein. Gäbe auch weiterhin das Provotmotiv den Ton an, so würde wohl das letzte Nachtlager fertig gebaut, ehe das erste Flüchtlingslager geräumt wird. Die besondere soziale Gefährdung der Menschen im Sektor der Flüchtlinge, Vertriebenen und der anderen Kriegsgeschädigten ruft gebieterisch nach einer Wirtschaftsplanung des Bundes.

Unabhängbare Länderverpflichtungen.

Der Anprall des gewaltigen Menschenproblems, welches mit den Transporten der Vertriebenen anrollte, traf in erster Linie die grenznahen Länder Westdeutschlands. Dabei ergaben sich ungleiche Belastungen, welche dringend eines bundesmäßigen Ausgleiches bedürfen. Dabei darf die Länderhilfe nicht nachlassen, ja sie muß in verschiedenen westdeutschen Ländern noch wesentlich gesteigert werden. Zu den verpflichtenden Länderaufgaben gehören auch weiterhin:

1. Die menschenwürdige Unterbringung der Neubevölkerung; Auflassung oder zweckmäßiger Ausbau der bestehenden Dauerlager; Förderung des Wohnungsbaues unter voller Berücksichtigung der Flüchtlings-Anwärter; Schutz der wohnungsmäßig untergebrachten Neubürger vor unbilliger Behandlung.
2. Eine praktisch wirksame Bodenreform; energische Betreibung der vorhandenen Siedlungsprojekte; bevorzugte Heranziehung von Flüchtlingsiedlern.
3. Weitere Förderung der Neubürgerindustrien; Schutz derselben gegen Kreditdrosselung und verständnisvolle Hilfe gegenüber ihren besonderen Marktschwierigkeiten.
4. Schulische Sondermaßnahmen zur Ausfüllung der Bildungslücken bei Flüchtlingskindern, die im Zuge der Austreibungen wertvolle Unterrichtsjahre verloren haben.
5. Heranziehung von Flüchtlingsvertretern zu verantwortlicher Mitarbeit auf all diesen Gebieten.

Es liegt im Interesse eines größtmöglichen Erfolges, daß die Länderbehörden die Mitarbeit aller wahrhaft überparteilichen Flüchtlingsorganisationen suchen.

Einschaltung der Flüchtlinge in den Wiederaufbau.

Von den Tagen des Zusammenbruchs an haben heimatlos gewordene Deutsche beim Wiederaufbau ihres Vaterlandes mit Hand angelegt. Sie verhüteten eine Katastrophe der Landwirtschaft, indem sie an die Stelle der „Ostarbeiter“ traten. „Ostflüchtlinge“ waren es auch, die bei den ersten Aufräumungsarbeiten in den Städten zum Spaten griffen. Während des Arbeitermangels der Reichsmark-Zeit war ihre produktive Leistung nicht wegzudenken.

Darum gebührt der Neubevölkerung auch ein Platz bei dem Wiederaufbau Westdeutschlands, der die nächste Etappe der Gestaltung des deutschen Gesamtgeschicks sein wird. Sie soll dabei nicht die Rolle einer „industriellen Reservearmee“ spielen, auf die nur zur gelegentlichen Auffüllung von Mangelberufen zurückgegriffen wird. Die Entstehung eines „fünften Standes“ von sozial Ausgestoßenen würde zwangsläufig die lohnpolitischen Sicherungen der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft gefährden. Auch die Spezialkenntnisse und Qualitätsleistungen der Flüchtlinge sollen dem Wiederaufbau dienstbar gemacht werden. Dazu ist eine Verständigung zwischen Alt- und Neubevölkerung über die Rangfolge der Aufbau-probleme wünschenswert. Wir führen hier einige an:

- a) Wiederaufforstung und pflegliche Behandlung der restlichen Waldbestände;
- b) Wasserwirtschaftliche Gesamtplanung zur Vorbeugung von Wassermangel und Versteppung;
- c) Förderung des Industrie-Exports und des Fremdenverkehrs;
- d) Entwicklung der Engpaß-Industrien, Auffüllung von Kleinindustriellen und gewerblichen Produktionslücken;
- e) Wiederaufbau der Städte mit modernen technischen Hilfsmitteln;
- f) Erzielung einer Höchstleistungsfähigkeit der Landwirtschaft und
- g) Ausdehnung des Gartenbaues.

Auf jedem dieser Gebiete könnten Fachkräfte aus den Reihen der Vertriebenen einen nützlichen Beitrag leisten. Sie können es aber nur dann tun, wenn sie in der Zwischenzeit nicht einer gänzlichen Verelendung anheimfallen. Gerade deshalb ist die lange Verzögerung der „Soforthilfe“ durch die Militärregierungen zu beklagen. Bedeutende Hortungsgewinne sind dadurch der Heranziehung zu einem sozialen Ausgleich entwichen. Es steht zu befürchten, daß der sogenannte „erste Lastenausgleich“ damit nur die im ersten Teil des Gesetzes vorgesehene „Unterhaltshilfe“ für alle und arbeitsunfähige Flüchtlinge verwirklichen wird, während die im gleichen Gesetz vorgesehenen produktiven Maßnahmen in der Richtung einer Einzel- und Gemeinschaftshilfe unbedeckt bleiben. Die dort vorgesehenen Maßnahmen, wie die Beschaffung von Hausrat, Werkzeugen und Bekleidung, Umschulungshilfe, ferner Beiträge für die Sicherung von kleingewerblichen und freiberuflichen Arbeitsstätten und Wohnungen müssen in solchen Fällen durch die beschleunigte Aufbringung zusätzlicher Mittel gesichert werden. Die große Masse der Flüchtlinge und Vertriebenen braucht diese Möglichkeiten der Selbsthilfe, damit sie dann erfolgreich beim Wiederaufbau Westdeutschlands mithelfen kann.

Aufgaben auf der Bundesebene.

Die Sicherung der Gleichberechtigung und Freizügigkeit auch der Neubevölkerung erfordert eine ganze Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen. Beschleunigte Hilfe kann nur gebracht werden, wenn diese Maßnahmen in die Vorranggesetzgebung des künftigen Bundesparlaments eingereiht werden. Um Zeitverlust zu vermeiden, sollte das Amt für Fragen der Heimatvertriebenen in Frankfurt die entsprechenden Gesetzentwürfe vorbereiten. Besonders dringlich erscheint dabei die Gleichstellung der Sozialrentner und Pensionisten. Auch die Fragen der Ostkonten und Ostversicherungen bedürfen einer vordringlichen Bearbeitung, damit sie im Zusammenhang mit einem tatsächlichen Lastenausgleich gelöst werden können.

Bundesgesetzgebung und Bundesverwaltung sollten sich weiter auf Maßnahmen konzentrieren, welche eine wohnungsmäßige, wirtschaftliche und soziale Erleichterung für eine größtmögliche Anzahl von Flüchtlingen bringen; hierzu gehören:

1. Spitzenausgleich des Flüchtlingsanteils der westdeutschen Länder unter Berücksichtigung der Wohnraumzerstörung; mit arbeitsfähigen Flüchtlingen müssen auch ihre arbeitsunfähigen Familienangehörigen aufgenommen werden; die Obsorge für die Mehrzahl der Fürsorgefälle, soweit sie arbeitsunfähige und unheilbare Verlebene oder Flüchtlingswaisen betreffen, darf nicht Sache der überbelasteten Aufnahmeländer bleiben.

Im Rahmen dieses Spitzenausgleichs sind auch Zuzugsmöglichkeiten für die deutsche Restbevölkerung in Polen und der Tschechoslowakei zu schaffen.

2. Die wohnungsmäßige Umsiedlung von Arbeitskräften in die Gebiete mit den besten Berufsaussichten. In den Städten und Industriegebieten mit den größeren Arbeitsmöglichkeiten wären daher freundlich ausgestattete Jungarbeiterheime, Heime für schaffende Frauen und für Saisonarbeiter vorzugsweise zu errichten. Gemeinden und Länder, welche solche Bauvorhaben ausführen, soll Bundeshilfe zuteil werden.
3. Aufbaubegünstigungen sind auch jenen Gemeinden zu gewähren, die sich verpflichten, einen Teil der zu erstellenden Wohn-, Betriebs- und Geschäftsräume an Flüchtlingsbewerber zu vergeben, um diese Personen ihren städtischen Beruf wieder zuzuführen.
4. Zur Förderung von Neubürgerindustrien sind moderne Industrieanlagen auf gemeinnütziger Grundlage zu errichten. Betriebsgebäude, Kraftversorgung und Verkehrsanschlüsse sind von gemeinnützigen Gesellschaften unter Beteiligung der Gemeinden, Länder und des Bundes bereitzustellen. Die Vermietung der Betriebsräume soll an Bewerber mit den besten technischen und kommerziellen Qualifikationen erfolgen. Spekulanten sind auszuschalten.
5. Grund und Boden, der durch die Bodenreform für Siedlungszwecke frei wird, ist vorwiegend der Schaffung von Nebenerwerbssiedlungen zuzuführen. Abgesehen von der Kapitalsersparnis ist damit eine größere Bewegungsfreiheit der Siedler verbunden.
6. Der Bund soll auch die gesetzlichen und finanziellen Voraussetzungen für die Ansetzung von Flüchtlingsbauern auf „Auslauf-Höfen“ oder „Wüsten Höfen“ schaffen. Nach angemessener Bewährungsfrist ist die käufliche Erwerbung solcher Höfe durch die Flüchtlingsbauern zu begünstigen. Im Falle der Nichtbewährung oder der Abwanderung der Flüchtlingsbauern ist auf die Vermehrung der Bodenreserven der Gemeinden Bedacht zu nehmen.
7. Die im Rahmen der „Sofort-Hilfe“ vorgesehene Umschulungshilfe ist als Zugang zu beruflicher Vielseitigkeit für einen größtmöglichen Teil der jüngeren Heimatvertriebenen im Bundesmaßstabe zu organisieren. Ferner wäre die Gewährung von Studendarlehen an begabte Flüchtlingskinder in Erwägung zu ziehen. Die Verarmung der Eltern würde sonst vielen jungen Talenten aus den Kreisen der Vertriebenen den Zutritt zu den höheren Schulen versperren.
8. Bundeshilfe sei auch zur Bergung des geistigen Kapitals der Ausgetriebenen gewährt. Die Universitäten von Königsberg, Breslau und Prag sowie die Technischen Hochschulen und andere hohe Schulen der Ostgebiete verkörpern wertvolle wissenschaftliche Traditionen, die vor der Auslöschung bewahrt werden sollten.

9. Im Rahmen der zu errichtenden Auslandsvertretungen des Bundes ist für eine Betreuung der speziellen Export-Interessen der Neubürger-Industrien Sorge zu tragen.

Wo immer die Einheitlichkeit der Verwaltung es zuläßt, befürworten wir eine gesetzlich festgelegte Berücksichtigung der Ansprüche der Neubevölkerung. Im Bundesdienst soll sie nach Maßgabe ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung vertreten sein. Zur Durchführung dieser Maßnahmen wäre ein besonderes Ministerium zu schaffen, welches neben Fragen der Heimatvertriebenen auch die damit verbundenen Aufbauprobleme (Raumordnungsplanung, Wohnungsbau und Siedlungswesen) betreut.

Von der gesamten Bundesregierung erwarten wir auch, daß sie im Rahmen ihrer Befugnisse als Anwältin aller durch die Austreibungen betroffenen Volksgenossen auftritt. In diesem Zusammenhange verweisen wir auf das traurige Schicksal der noch in den Austreibungsländern lebenden Deutschen. Sowohl die Zustände in den dortigen Arbeitslagern, als auch die vielfach ohne Rücksicht auf persönliche Verfehlungen gefällten Volksgerichtsurteile bedürfen einer internationalen Ueberprüfung. Darüber hinaus wird es Sache der deutschen Bundesregierung sein, alle jene Vorkehrungen zu treffen, welche zu einer wirksamen Vertretung der Sache der Heimatvertriebenen vor einer kommenden Friedenskonferenz notwendig sind.

Deutsche Selbsthilfe und internationale Hilfe.

Eine großzügige Hilfeleistung für die nach Millionen zählende Neubevölkerung wird bedeutende Bundesmittel erfordern. Durchgreifende Maßnahmen, wie etwa die Verbindung von Wohnraumbeschaffung mit dem produktiven Einsatz der Flüchtlinge, bedürfen einer Sonderfinanzierung. Außerdem besteht die Gefahr, daß ohne planvolle Kreditlenkung das Schwergewicht der Altbürgerinteressen auf dem Kapitalmarkt gegenüber dem Kreditbedarf der Neubürger obsiegen wird. So mündet die Aufgabe einer wirksamen und praktischen Hilfeleistung an die Massen der Vertriebenen in das Problem der Investitionsplanung auf der Bundesebene.

Auf dem deutschen Kapitalmarkt werden jedoch auf absehbare Zeit die verschiedensten vordringlichen Ansprüche um die Oberhand ringen. In Wahrheit besteht neben dem allgemeinen Wiederaufbauproblem in Westdeutschland noch ein zusätzliches Problem der Finanzierung des produktiven Einsatzes der Flüchtlingsbevölkerung. Nach menschlichem Ermessen werden die deutschen Hilfsquellen nicht ausreichen, um diese beiden Aufgaben neben einander zufriedenstellend zu bewältigen. Solange die Demontage von Betrieben weitergeht, welche ebensogut der Friedenswirtschaft dienen könnten, wie sie der Kriegswirtschaft gedient haben, solange der deutsche Außenhandel schmerzlichen Beschränkungen unterliegt und solange die Höhe der deutschen Reparationslasten noch unbekannt bleibt, ist die wirtschaftliche Zukunft sowohl der Altbevölkerung, als auch der Neubevölkerung Restdeutschland höchst ungewiß. Bei den Existenzfragen einer entwurzelten Menschenschicht von solcher Stärke handelt es sich jedoch um ein Zentralproblem der politischen Stabilität Westdeutschlands und Westeuropas schlechthin. Darum begrüßen wir die Anregungen der Weltkirchen-Tagung in Hamburg (Februar 1949), welche zum ersten Male das große Problem der deutschen Heimatvertriebenen in das Licht internationaler Betrachtung gerückt hat. Von dort ging auch der großherzige Gedanke aus, einen Teil der Marshall-Hilfe für Zwecke der Selbsthilfe der deutschen Flüchtlingsbevölkerung abzugeben. Obwohl es der Hilfsbereitschaft der in Frage kommenden Auslandsstellen überlassen bleiben muß, in welchem Ausmaße sie den heimatver-

verholfen werden. Die Einschaltung ausländischer Hilfsmissionen in diesen Prozeß der menschlichen Rehabilitierung würde manchen Lichtstrahl in Flüchtlingsbaracken und Elendsquartiere hineinragen.

2. Förderung der Selbsthilfe der Vertriebenen.

Sobald die vorhin skizzierte Einzel- und Gemeinschaftshilfe für die Vertriebenen in Gang kommt, wird mancher Engpaß bei der Beschaffung von Materialien und Geräten zu überwinden sein. Die Bau- und Siedlungsgenossenschaften der Flüchtlinge könnten rascher Obdach schaffen, wenn sie aus der Marshall-Hilfe mit modernen Baumaschinen ausgerüstet würden. Ebenso würde die Zuweisung von Lastkraftwagen und Treibstoff ihre Transportprobleme erleichtern. Gleichermäßen könnte der neue Start von Flüchtlingsbauern durch Beistellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen erfolgreicher gestaltet werden.

3. Freigabe von Grundstücken und Gebäuden.

Der Aufbau von Industriesiedlungen würde durch die definitive Zuweisung von früherem Wehrmachtsgelände und den dazu gehörigen Gebäuden wirksam unterstützt werden. Ferner wäre vor der Zerstörung der Betriebsanlagen demontierter Werke zu prüfen, ob diese nicht zur Unterbringung von Friedensindustrien der Flüchtlingsbevölkerung geeignet wären. Auch die unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Kleinmaschinen demontierter Betriebe würde die industrielle Selbsthilfe der Vertriebenen fördern.

4. Finanzierung von industriellen Gruppen-Siedlungen.

In den verschiedenen deutschen Ländern liegen Projekte zur Ansiedlung ganzer Gruppen von Flüchtlingsindustrien vor, welche in Gefahr sind, bei einer längeren Dauer der Entwurzelung ihre besten Fachkräfte zu verlieren. Die Verpflanzung solcher Industriegruppen in verkehrsgünstige Gebiete Westdeutschlands würde dem allgemeinen europäischen Wiederaufbau dienen.

5. Finanzierung von bäuerlichen Mustersiedlungen.

Die Ausschöpfung der bäuerlichen Siedlungsmöglichkeiten ist nicht zuletzt eine Frage der Geldbeschaffung für die Erstellung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude, ferner für lebendes und totes Inventar. Es wäre da und dort möglich, bäuerliche Mustersiedlungen auf Gelände zu errichten, welches durch die Bodenreform oder durch Entmilitarisierung gewonnen wurde. Vielfach könnte damit eine Besserung der Verkehrsverhältnisse und der Wasserversorgung verbunden werden, welche auch der benachbarten Bevölkerung zustatten käme. In solchen Sonderfällen würde der Pioniercharakter des Siedlungsvorhabens eine zusätzliche Finanzierung aus den Mitteln der Marshall-Hilfe rechtfertigen.

6. Auswanderungs-Hilfe.

Seit 1933 ist der natürliche Abfluß auswanderungslustiger Deutscher in die Einwanderungsländer der neuen Welt erschwert oder ganz abgedrosselt worden. Dieses aufgespeicherte Auswanderungsbedürfnis wird nun durch die Erwartung vieler Flüchtlinge verstärkt, daß in der Auswanderung ihre einzige Zukunft liege. Auswanderungshilfe wäre begründet, wo eine überseeische Existenzgründung gesichert erscheint, ohne daß der deutschen Wirtschaft unentbehrliche Fachkräfte verloren gehen. Dollarhilfe zur Bezahlung oder Bevorschussung der Fahrtkosten in aussichtsvollen Auswanderungsfällen wäre zu mindestens eine provisorische Lösung.

7. Schließlich wäre es eine wesentliche moralische Hilfe, wenn die höheren Schulen und Universitäten demokratischer Länder wenigstens in beschränktem Maße Freiplätze für Studenten aus dem Sektor vertriebener Deutscher zur Verfügung triebenen Deutschen Hilfe gewähren wollen, seien hier einige Aufgaben erwähnt, welche über die Kraft der deutschen Selbsthilfe hinausgehen:

1. Befürsorgung von Flüchtlingskindern, Müttern und Kranken.

In diesen Bereich fällt das Bekleidungs-Problem kinderreicher Flüchtlingsfamilien, welches nach den erlittenen totalen Verlusten unlösbar ist, auch wenn der Ernährer im Normalverdienst steht. Außerdem bedürfen Kinder und Mütter, deren Gesundheit im Zuge der Ausweisung gelitten hat, der Rückführung in einen normalen Ernährungszustand. Auch den anderen Flüchtlingen, die Gesundheitsschäden davontragen, sollte zur Wiedergewinnung ihrer Arbeitsfähigkeit gestellt werden. Dies würde es solchen jungen Menschen ermöglichen, über ihr bitteres Jugenderlebnis hinauszuwachsen.

Deutsche Selbsthilfe und-internationale Hilfe für die Vertriebenen müssen einander ergänzen. Vor allem muß aber die deutsche Flüchtlingshilfe bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten vorangetrieben werden. Das ist die Voraussetzung internationaler Hilfe.

Wir und Europa.

Es ist zur Zeit noch unüberblickbar, welcher Teil der Flüchtlingsbevölkerung dauernd in der neuen Heimat eingegliedert werden könnte. Niemand kann voraussagen, für wieviel Menschen Westdeutschland oder Potsdam-Deutschland nach dem Auslaufen der Marshall-Hilfe Existenzmöglichkeiten bieten werden. Soviel aber ist gewiß, daß ein ungesunder bevölkerungspolitischer Spannungszustand andauern wird, solange in Restdeutschland 197 Menschen pro qkm zusammengepfercht sind, während in Polen nur 77, in Frankreich und in der Tschechoslowakei 95 Einwohner auf gleicher Fläche leben. In den Austreibungsgebieten selbst weisen sogar die offiziellen Warschauer und Prager Statistiken ausgesprochene bevölkerungspolitische Hohlräume aus, so in den deutschen Ostprovinzen bloß 48 Personen pro qkm, im Böhmerwald 55 und im Egerland 66. Damit sind bedeutsame landwirtschaftliche und industrielle Hilfsquellen Europas teils brachgelegt, teils einer jammervollen Verwahrlosung ausgeliefert. Eine Fortdauer dieses Zustandes liegt nicht im Interesse unseres Erdteils, wenn er eines Tages wieder von amerikanischen Almosen unabhängig werden soll.

Die Massenausreibungen haben darüber hinaus die austreibenden Völker in eine tiefe politisch-moralische Krise gestürzt. Ein Milliardenraub ist ihnen unter den Fingern zerronnen. Ihr Schuldbewußtsein erleichterte die Machtbefestigung der Kommunisten. In dem gleichen Prozeß der Russifizierung Böhmens und Mährens haben die Sudetendeutschen ihre Heimat und die Tschechen ihre Freiheit verloren. Wollen Polen und Tschechen nicht auf die Befreiung durch einen Atombombenkrieg warten, dann bleibt ihnen nur die Wahl zwischen völliger Sowjetisierung und einem neuen Verhältnis zum deutschen Nachbarvolke. Im Zeichen einer demokratischen Neuordnung Europas kann daher die Wiedergutmachung der Ausreibungen kein unlösbares Problem darstellen.

Wir warnen die deutschen Heimatvertriebenen vor Hoffnungen auf einen dritten Weltkrieg, der ihre neue Heimat gefährden würde, ohne ihnen die alte zurückzugeben. Wir warnen auch vor allfälligen Rückkehrerladungen der Warschauer

und Prager Machthaber, oder ähnlichen Angeboten sowjetischer Stellen. Sie wären bloß Sklavenwerbung. Wirksam helfen kann uns nur die Wiederherstellung der Menschenrechte in ganz Europa. Dazu können wir durch die Mitarbeit beim Aufbau eines demokratischen und sozialen Westdeutschlands beitragen. Westdeutschland muß ein Magnet der Freiheit werden.

Indessen möge die Welt aber wissen, daß die vertriebenen Deutschen ihren auf der Aufbauleistung von Jahrhunderten begründeten Heimatanspruch niemals aufgeben werden.

Hannover, den 30. Mai 1949.

- Albertz, Heinrich, Pastor, Minister für das Niedersächsische Flüchtlingswesen,
Hannover-Linden, Niemeyerstraße 15
- Bitom, Ewald, Landtagsabgeordneter, Straubing/Bayern, Kasernenstraße 18
- Bund, Ferdinand, Bezirkssekretär, Frankfurt/Main, Bockenheimer Anlage 3
- Damm, Walter, Minister für Aufbau und Umsiedlung, Pinneberg bei Kiel, Heidloh 6
- Heike, Otto, Journalist, Hannover, Odeonstraße 15/16
- Jaksch, Wenzel, Journalist, Hannover, Odeonstraße 15/16
- Krahnstöver, Anni, Bezirkssekretärin, Kiel, Legienstraße 22
- Leddin, Bruno, Angestellter, Hannover-Linden, Dalemstraße 4
- Metz, Alfred, Geschäftsführer, Hamburg-Volksdorf, Friedrich-Stahmer-Straße 9
- Moritz, Willy, Arbeitsrichter, Neumünster, Altonaer Straße 45
- Mücke, Dr., Willibald, Rechtsanwalt, Mitglied des Parlamentarischen Rates,
München 34, Goethestraße 64
- Paul, Ernst, Journalist, Stuttgart, Friedrichstraße 13
- Reitzner, Richard, stellv. Landesvorsitzender der SPD, München, Schackstraße 2
- Schneider, Alfred, Landtagsabgeordneter, Löhne/Westf., Hauptstraße 16
- Sporn, Fritz, Kaufmann, Braunschweig, Thälmannstraße 34
- Zimmer, Ernst, Sekretär, Hannover, Odeonstraße 15/16